

Erschütterung am Versöhnungstag

Ein Soldat erinnert sich an den Jom-Kippur-Krieg

Große Erwartungen

Die Geschichte des ersten Oslo-Abkommens

Zeichen der Verachtung

Israel missbilligt Angriffe auf Christen





4

50 JAHRE JOM-KIPPUR-KRIEG

Ein Veteran erinnert sich

7 TEL AVIVER STADTBAHN

Streit vorprogrammiert

10 VIELBEACHTETES RANDPHÄNOMEN

Spuckattacken auf Christen

12 ABKOMMEN VOR 30 JAHREN

Das Trugbild von Oslo

15 BIBELKOLUMNE

Wahrheit als Attribut



10

JUSTIZREFORM

Eine überhitzte Debatte

Torhüter Peretz als erster Israeli bei Bayern München

Der Fußballverein FC Bayern München hat erstmals einen israelischen Spieler unter Vertrag. Für die neue Saison verpflichtete der deutsche Rekordmeister den Torhüter Daniel Peretz vom israelischen Verein Maccabi Tel Aviv. Er hat einen Vertrag bis 2028 unterschrieben.

Bei seiner Vorstellung in einer Pressekonferenz am 28. August sagte der 23-jährige Israeli, er fühle sich bei Bayern München schon wie in einer Familie. Als Rückennummer hat Peretz die 18 gewählt. Im Hebräischen bilden die Buchstaben Jod und Chet die Zahl 18. Umgekehrt heißt das „Chai“, also „Leben“. Deshalb gilt die 18 im Judentum als positive Zahl.

Sein internationales Debüt hatte Peretz 2016 bei den U-17-Junioren. Im Sommer 2023 war er Teil der Nationalmannschaft, die bei der U-21-Europameisterschaft in Rumänien und Georgien erfolgreich war: Die Israelis erreichten das Halbfinale und qualifizierten sich erstmals seit 1976 wieder für Olympische Spiele.

Seit Ende Juli ist Peretz offiziell mit der israelischen Popsängerin Noa Kirel liiert. Sie nahm im Mai am Eurovision Song Con-



Am zweiten Bundesligaspieltag gegen Augsburg saß Daniel Peretz noch mit seiner Partnerin Noa Kirel auf der Tribüne

test in Liverpool teil. Mit dem Lied „Unicorn“ belegte sie bei dem Schlagerwettbewerb den dritten Platz. |

Elisabeth Hausen

IMPRESSUM

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar

Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00 | Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen (Redaktionsleitung), Daniel Frick, Johannes Schwarz, Carmen Shamsianpur **Büro Jerusalem** mh

Titelfoto Der israelische Veteran Arje Svenjinevitzsch – er wurde im Jom-Kippur-Krieg schwer verwundet; Quelle: Israelnetz/mh

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. September 2023

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Gott steht zu seinen Versprechen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Vorwarnungen hatte es gegeben. Doch der Angriff traf die Israelis völlig überraschend. 50 Jahre sind vergangen, seit am 6. Oktober 1973, um 14 Uhr Ortszeit, ägyptische und syrische Streitkräfte Israel angriffen – die Ägypter im Südwesten am Suezkanal und 450 Kilometer entfernt die Syrer am nordöstlich gelegenen Golan. Es war nicht irgendein Schabbat, an dem die Feinde zeitgleich an zwei Fronten zuschlugen: Es war Jom Kippur, der höchste Feiertag. An diesem Versöhnungstag sind die Bürgersteige in Israel hochgeklappt. Die stark dezimierten Grenztruppen am Ostufer des Suezkanals wurden quasi im Mittagsschlaf von Tausenden ägyptischen Infanteristen überrumpelt. Auch wenn die Israelis mit amerikanischer Unterstützung den Krieg nach 19 Tagen für sich entscheiden konnten, waren die Verluste beträchtlich.

Der „Jom-Kippur-Krieg“ hat sich wie eine ewige Mahnung ins kollektive Gedächtnis der Israelis eingebrannt. Während der legendäre Sechs-Tage-Krieg von 1967 die militärische Stärke Israels begründete, löst die Erinnerung an den Jom-Kippur-Krieg auch fünf Jahrzehnte danach bei vielen Israelis Schamgefühle, Verunsicherung und Demut aus. Der einstige Jagdflieger-Held aus dem Sechs-Tage-Krieg und spätere Friedensunterhändler und Staatspräsident Ezer Weizman (1924–2005) resümierte Jahre später selbstkritisch: Der Jom-Kippur-Krieg habe das Selbstvertrauen der Araber nachhaltig „gestärkt und die Abschreckungsfähigkeit unserer Streitkräfte verringert“. Zwar sei für alle sichtbar, dass niemand „Israel von der Landkarte tilgen“ könne, doch der „Nimbus“, dass Israel unverwundbar sei, sei 1973 „zerstört“ worden.

Den Apostel Paulus bewegt vor 2.000 Jahren in seinem Brief an die Christen in Rom die spannende Frage: Ist denn Israel verloren? Seine Antwort: Nein und niemals! Für die Schwestern und Brüder in Europa ist das erklärungsbedürftig: Schließlich haben sie durch den auferstandenen Jesus Christus Gnade bei Gott gefunden – während die Juden an der Tötung des Sohnes Gottes beteiligt waren. Doch Paulus, der sich im Judentum auskennt, erklärt „dieses Geheimnis“: Auch wenn Israel Gottes Wege verlässt und immer wieder scheitert – Gott steht zu seinen Versprechen. Er hat sie hundertfach in den Mose-Büchern bezeugt und durch die Propheten immer wieder erneuert: „Denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“ (Römer 11,29).

Lesen Sie ab S. 4, wie ein ehemaliger Soldat, der im Jom-Kippur-Krieg verwundet wurde, heute zurückblickt. Dieses Israelnetz Magazin verdeutlicht mehrfach historische Entwicklungslinien, die bis heute nachwirken. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und ein gutes Nachdenken,

Herzlich grüßt Sie,

Christoph Irion



WISSENSWERT



Die längste Hängebrücke Israels steht seit Ende Juli Passanten in Jerusalem zur Verfügung. Sie ist 202 Meter lang und führt von den Hängen des Tals Ben-Hinnom zum Zionsberg. Die Kabelhängebrücke ist täglich von 6 bis 22 Uhr für Fußgänger geöffnet.

Ein Veteran erinnert sich

Auch 50 Jahre später spielt der Jom-Kippur-Krieg im kollektiven Gedächtnis der Israelis eine große Rolle. Für manche änderte sich damals das ganze Leben. Arje Svenjinevitzsch wurde am Sinai schwer verletzt und teilt heute seine Erinnerungen.

mh



Als Techniker war Arje Svenjinevitzsch bei der Wartung von Panzern im Jom-Kippur-Krieg permanent im Einsatz. Bei einem Granateneinschlag wurde der Soldat schwer verletzt und verlor ein Bein.

Mehr als 2.600 Soldaten fielen im Jom-Kippur-Krieg auf israelischer Seite, 7.500 weitere wurden verwundet. Einer von ihnen ist Arje Svenjinevitzsch. Im Krieg verlor er ein Bein, das zweite ist seitdem nur bedingt funktionsfähig.

An den Oktober 1973 erinnert sich der heute 73-Jährige gut: „Am Morgen des Jom Kippur, es war Schabbat, der 6. Oktober, sagte meine Schwester mir, dass es ein großes Durcheinander geben würde. Sie diente damals bei der Luftwaffe. Ich war Reservesoldat. Ich war nicht religiös und fastete nicht, aber ich blieb zu Hause bei meinen Eltern. Um kurz vor 2 Uhr am Nachmittag heulten die Sirenen. Etwa eine halbe Stunde vorher rief die Armee zu Hause an, um mir zu sagen, dass ich eingezogen würde.“

Arje rannte durch die Nachbarschaft und

klopfte an die Türen der Soldaten, die er benachrichtigen sollte. Er packte seine Tasche und ging zum Sammelpunkt in Jad Eljahu, dem Stadtviertel von Tel Aviv, in dem er aufgewachsen war. Arjes Vater hatte am Morgen gesehen, wie an der Militärstation viel Trubel herrschte: Autos, Lastkraftwagen, Soldaten. Alle kamen und gingen, trotz des großen Feiertages.

Dem Sechs-Tage-Krieg entgangen

Bereits seinen Grundwehrdienst hatte Arje auf der Sinaihalbinsel verbracht: „Im Frühjahr 1967 sollte ich eingezogen werden. Doch als der Offizier hörte, dass ich erst siebzehneinhalb Jahre alt war, nahm er mich in den Arm und sagte: ‚Geh wieder nach Hause. Du wirst noch früh

genug eingezogen! Wie recht er hatte! Ich wurde dann schließlich im November eingezogen, wenige Monate nach dem Krieg.“

Drei Jahre diente Arje während des sogenannten Abnutzungskrieges auf dem Sinai als Panzertechniker. Damals versuchte Ägypten, den Sinai, den Israel im Sechs-Tage-Krieg erobert hatte, zurückzuerobern. 1970 kam es zum Waffenstillstand, der bis zum Oktober 1973 hielt. Gerne wäre er zu den Fallschirmjägern gegangen. Doch sein General sagte ihm damals, dass er genug Soldaten habe, „die Berge zu erklimmen, aber niemanden, der ihm die Panzer repariert“.

Die Offiziere bestimmten ihn für den Einsatz als Waffen- und Kuppeltechniker. „Als mir klar war, dass ich Panzer reparieren dürfte, willigte ich ein.“ Seine Vorgesetzten sagten über ihn, er arbeite für drei. „Mit Mühe habe ich meinen Schulabschluss hinbekommen, aber kreativ war ich schon immer und geschickt mit meinen Händen. Genau deshalb wollte mich das Militär auch unbedingt in der Artillerie.“ Im Kurs lernte er viele weitere begabte Techniker kennen. Stationiert war er in der 14. Brigade, im Bataillon 52.

Die Ägypter siegen am Sinai

An der Sinai-Front gelang es den Streitkräften der ägyptischen Armee, den Suezkanal zu durchqueren und in den ersten drei Tagen einen etwa 10 Kilometer tiefen Streifen entlang der gesamten Länge des Kanals zu besetzen. „Unsere Armee hatte Angst vor den Angriffen der Ägypter. Wenn unsere Panzer sich bewegten, wirbelten sie eine Menge Staub auf. Die Ägypter sahen, wie sich der Staub bewegte und schossen entsprechend. Deshalb fuhren wir ganz langsam und stoppten plötzlich, sodass der Staub zwar aufgewirbelt wurde, aber die Geschosse vor dem Panzer einschlugen.“ Der Kriegsveteran erklärt: „Um in den Panzer zu gelangen, musste man von der Seite über die Panzerkuppel einsteigen. Wären wir von oben eingestiegen, hätten die Ägypter uns gesehen. Also nahm ich meinen Werkzeugkasten und ging an der Motorhaube vorbei. Den Werkzeugkasten habe ich direkt vor mir hingeschoben und bin dann sehr schnell, innerhalb von einer Sekunde, durch die Öffnung geschlüpft.“

Nach dem Abnutzungskrieg schloss die Armee die Stützpunkte an der Bar-Lev-Linie nach und nach, um Kräfte zu sparen. „Von den ursprünglichen 32 Stützpunkten im Jom-Kippur-Krieg waren nur noch 16 übrig. An jedem Stützpunkt waren ein bis drei Panzer. Wir arbeiteten hart und man ließ uns nur alle zwei Monate

mal nach Hause. Permanent mussten wir Panzer reparieren. Für die Wartung von 14 Panzern waren jeweils sechs Leute zuständig: Einer war für die Kuppel verantwortlich, einer für die Elektronik, die vier anderen waren Mechaniker. Unsere Panzer waren ständig unter Beschuss.



Auf der Sinaihalbinsel waren schwere Panzer während des Jom-Kippur-Krieges stationiert

Die Reparaturen führten wir oft mitten in der Nacht durch.“ Auch das Öl musste regelmäßig ausgetauscht werden. „Wenn der Motor frisch gewartet war, blieb er oft drei Monate im Kanal und hielt 200 bis 300 Motorstunden. Die Motoren machten Lärm wie eine Fabrik, doch an den Krach war ich so gewöhnt, dass ich, wenn ich nachts um 3 schlafen ging und um 4 Uhr nur 5 Meter entfernt der Panzermotor mit 800 PS startete, nicht aufwachte. Ich war ein Arbeitstier und habe alles kontrolliert und repariert, was selbst Soldaten mit höheren Rängen nicht konnten.“

Die Granate schlägt ein

Am 18. Oktober, es war ein Donnerstagnachmittag, schlug eine ägyptische Granate in der Nähe des Panzers ein. „Wir arbeiteten zu sechst am Panzer. Unser Kommandeur war auf der anderen Seite des Panzers, ihm ist nichts passiert. Er war ein Tausendsassa. Im Sechs-Tage-Krieg bekam er einen Granatsplitter ins Ohr. Damit ging er ins Krankenhaus, sie nähten es ihm an und er lebte weiter, als sei nichts gewesen.“

Die anderen fünf Kameraden arbeiteten draußen am Panzer. „Ich selbst hing mit dem Oberkörper im Motorraum. Heute weiß ich, was ich damals nicht wusste: Als wir zum Panzer kamen, waren schon vor uns Techniker da gewesen.“ Aber vor lauter Angst taten sie ihre Arbeit

Im Oktober jährt sich der **Jom-Kippur-Krieg** zum 50. Mal. Am höchsten Feiertag des jüdischen Kalenders musste sich das israelische Militär gegen Angriffe an zwei Fronten verteidigen. In der Bevölkerung löste der Krieg eine Kontroverse über den Vorwurf aus, Premierministerin Golda Meir und Verteidigungsminister Mosche Dajan hätten Warnungen ignoriert. Die Vorwürfe aufgrund der massiven Verluste zwangen Meir im April 1974 zum Rücktritt. Israel verzeichnete einen militärischen Sieg nach drei Wochen, aber weil es den Nimbus der Unbesiegbarkheit verlor, ging der politische Sieg an Ägypten.



Die Bar-Lev-Linie entlang des Suezkanals wurde binnen weniger Stunden vom ägyptischen Militär überrannt

Nach der Besetzung der Sinai-Halbinsel im Juni 1967 errichtete Israel entlang des Ostufers am Suezkanal eine Kette von **Befestigungsanlagen** – die Bar-Lev-Linie, benannt nach dem damaligen Generalstabschef. Für die Israelis galt sie als undurchdringlich, bis sie am 6. Oktober 1973 in weniger als zwei Stunden vom ägyptischen Militär überrannt wurde. Die Wasserbarriere beschrieb der damalige Verteidigungsminister Mosche Dajan als „einen der besten Panzerabwehrgräben der Welt“.

Nach dem Krieg wurde eine Untersuchung über die **Handlungen der Regierung** eingeleitet. Damit stellten die Israelis zum ersten Mal öffentlich ihre Regierung in Frage. Viele der Akten, Fotos, Stenogramme sowie Audio- und Videoaufnahmen wurden bislang unter Verschluss gehalten. Im September 2023 machte das israelische Staatsarchiv erstmals den Inhalt von zahlreichen Dokumenten in hebräischer Sprache für die Öffentlichkeit zugänglich: bit.ly/archiv-jom-kippur-krieg.

nicht. Vielmehr krochen sie in den Panzer. Sie öffneten nicht einmal die Luken, um ihren Kameraden zu sagen, dass das Gelände unter Beschuss stand.

Aus Arjes Worten spricht keine Bitterkeit. Doch er weiß, wer es war, der ihn damals nicht gewarnt hat: „Ab und an rufe ich bei ihm an. Doch es heißt immer, er sei nicht zuhause. Meine fünf Kameraden sind gefallen. Ich hing kopfüber im Panzer, um die Motorflügel zu richten. Meine Beine wurden schwer verletzt, doch mein Kopf, meine Arme und der Rest meines Körpers bekamen nur wenig ab.“

Arje erinnert sich, wie er nach hinten in den Sand fiel: „Ich habe einen lauten Knall gehört, als die Granate auf uns fiel. Es war, als würde die Sonne auf uns krachen. Dieser Druck, der sich da aufbaute – er ließ keine Möglichkeit zum Atmen. Der Sauerstoff ging aus. Für etwa 15 Sekunden blieb ich bei Bewusstsein, danach wurde alles schwarz vor meinen Augen.“

Erst am Samstagmorgen wachte er wieder auf. Was in den anderthalb Tagen dazwischen passiert war, ließ er sich später erzählen: „Ausgestreckt lag ich auf der Erde. Unsere Sanitäter kamen und sahen, dass ich keinen Puls mehr hatte. Jemand erklärte mir mal, dass unsere Adern sich in so einer Extremsituation zusammenziehen. Also deckten sie mich mit einer Decke ab, wie meine Kameraden. Sie dachten, ich sei tot. Als sie die Decke über mich legten, stöhnte ich wohl und bewegte mich etwas. Da merkten sie, dass ich am Leben war.“

Lebensrettender Hubschrauber

Kurz zuvor war ganz in der Nähe ein Militärhubschrauber gelandet. „Sie klemmten mir den Arm und die Beine ab.“ Als Arje seinen linken Arm hebt, wird an der Innenseite eine große Narbe sichtbar: „Auch hier war ein Granatsplitter.“ Die rechte Gesichtshälfte und die Zähne waren verbrannt, und auch die rechte Ohrmuschel. Bis heute sieht sie verkümmert aus, sein Gehör ist davon nicht betroffen.

Der Hubschrauber flog Arje ins 80 Kilometer entfernte unterirdische Feldkrankenhaus Refidim, wo er stabilisiert wurde. Noch am Abend wurde er ins Beilinson-Krankenhaus in Petach Tikva geflogen. „In meiner Krankenakte sah ich später mein getrocknetes Blut. Sie hatten meine Wunden mit einem Hautklammergerät zusammengeflickt.“

Arje verlor viel Blut. Ohne den Hubschraubertransport hätte er keine Überlebenschance gehabt. „Mein ganzes Leben wollte ich mal mit einem Hubschrauber fliegen! Und nun“, entrüstet sich Arje, „als es so weit war, flog ich und merk-

te nichts davon. Erst als ich am Samstagmorgen aufwachte, informierten die Ärzte meine Eltern telefonisch. So waren damals die Vorschriften. Sie wollten meinen Eltern vorher nicht unnötig Hoffnung machen. Wäre ich im Krankenhaus gestorben, hätten sie gesagt, dass ich auf dem Feld gestorben bin. Sie wissen dann, dass du gestorben bist, aber nicht, wo es passiert ist. Mein Vater kam zu Besuch, aber als sie mich ihm zeigten, erkannte er mich nicht. Ich war damals schlank, doch hier lag ich, aufgedunsen von den Granatsplittern. Mein Vater war schockiert. Er hatte ja nur mich und meine Schwester! Nach etwa einer Woche, viel Schmerzen und Morphinum, entzündete sich mein rechtes Bein und die Ärzte amputierten es.“

Fünf Monate im Krankenhaus

Nahezu emotionslos spricht der alte Soldat über dieses Erlebnis: „Die Ärzte haben weniger weggenommen, als sie hätten wegnehmen müssen. Sie wollten möglichst viel übrig lassen, damit die Prothese gut angepasst werden konnte und ich damit laufen lernen konnte. Dann pumpten sie mich mit Antibiotikum voll. Sie haben alles richtig gemacht.“ Und flapsig fügt er hinzu: „Auf mein Äußeres habe ich nie großen Wert gelegt, aber wichtig war mir, dass mein Kopf in Ordnung ist und ich keinen Blödsinn rede.“

Im Beilinson-Krankenhaus durchlief er sämtliche Abteilungen. „Freunde kamen, durften mich aber nicht besuchen. Etwa fünf Monate verbrachte ich dort. Im Tel-HaSchomer-Krankenhaus fertigten sie mir dann eine Prothese an, mit der ich laufen lernte. Ich erinnere mich an alles. Das ist nicht angenehm. Am Beinstumpf auf der rechten Seite fühle ich alles. Das rechte Bein spüre ich hingegen fast gar nicht, das ist damals komplett verbrannt. Es ist lahm. Ich bekam ein Gerät, das mir half, den Fuß angemessen zu bewegen.“

Am Anfang hatte Arje starke Schmerzen. „Doch ich war jung und motiviert, sodass ich von hier bis Haifa hätte laufen wollen. Ich war super ehrgeizig. Nur deshalb bin ich am Leben. In der Armeezeit habe ich mich nie um Arbeit gedrückt. Während das Technikteam vor mir im Panzer verschwand und sah, dass es gefährlich ist, am Panzer zu arbeiten, sagte ich: ‚Gib mir den Schraubenschlüssel.‘ Wenn den Motorraum jemand zugeschraubt hat, bekomme ich ihn auch wieder auf.“ Auch nach seiner Verletzung habe er immer gearbeitet. „Ich gründete eine Baufirma und kletterte auch auf Gerüste, zum Leidwesen meiner Mutter. Dass ich immer versuchte, unmögliche Aufgaben zu übernehmen, hat mir 1973 das Leben gerettet.“ |



Der Streckenplan der „roten Linie“

TEL AVIVER STADTBAHN

Streit vorprogrammiert

Mit Jahrzehnten Verspätung fährt in Tel Aviv die erste Stadtbahn. Dass der Fahrstopp am Schabbat vielen missfallen würde, war klar. Doch in der säkular geprägten Metropole ist die Empörung auch nach dem Start groß.

Valentin Schmid

Nein, bei der „neuen roten Linie“ handelt es sich nicht um die Verschiebung einer Grenze. Aber wie so vieles in Israel wird auch eine Stadtbahnlinie schnell zum Politikum. Das Paradebeispiel: 2007 wurden beim Bau der Jerusalemer Tram zwei französische Unternehmen von einer pro-palästinensischen Organisation verklagt. Denn die Bahn führt bis in den Ostteil der Stadt, den die Palästinenser für sich beanspruchen. Um Konflikten vorzubeugen, hat das Verkehrsmittel heute sogar einen eigenen Sicherheitsdienst. In Tel Aviv sind die Probleme jedoch etwas anders gelagert.

Seit über 100 Jahren geplant

Die Idee einer Tram für Tel Aviv ist mehr als 100 Jahre alt. Erste konkrete Züge nahm sie 1921 auf Skizzen von Pinchas Ruthenberg an. Der Begründer der „Stromgesellschaft für Israel“ (IEC) plante eine Strecke von Petach Tikva – im Osten von Tel Aviv – bis nach Jaffa. Obwohl Ruthenbergs Pläne fast der heutigen „roten Linie“ gleichen, ist unklar, weshalb es nicht zum Bau kam. Vor 50 Jahren war es dann Premierministerin Golda Meir, die eine Stadtbahn für Gusch Dan (die Metropolregion Tel Aviv) versprach. Doch wegen finanzieller Probleme und anderer Prioritäten kam das Projekt nie zur Umsetzung.

Wer einmal in Tel Aviv Bus gefahren ist – und dabei sicherlich im Stau stand –, weiß, wie groß die Priorität heute ist. 2018 stufte die OECD Tel Aviv auf Platz 5 der Städte mit der höchsten Verkehrsbelastung ein. Nur in Megacities wie Bogotá oder São Paulo ging es demnach noch chaotischer zu. Nun soll die neue Stadtbahnlinie Abhilfe schaffen und täglich 234.000 Passagiere ans Ziel bringen. Zwei weitere Linien sollen 2026 und 2028 starten. Dann gibt es insgesamt 139 Stationen in 14 Städten – mit einem Knoten in Tel Aviv.

Der Bürgermeister boykottiert

Doch die Freude ist geteilt. Während Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) die Bahn am 17. August offiziell einweihte, boykottierte der Bürgermeister von Tel Aviv, Ron Huldai (Die Israelis),

die Zeremonie. Dass die Stadtbahn der Schabbatruhe unterliegt, entspreche nicht dem, „wie es zu einem liberalen und demokratischen Land passt“. So sahen es auch hunderte Demonstranten unweit der Feier. Manche ketteten sich mit Handschellen im Inneren einer Bahn an. Müde von vielen Monaten Protest gegen die Justizreform fühlen sie sich ein weiteres Mal in ihren Bedürfnissen übergangen.

Besonders frustrierend: Merav Michaeli (Arbeitspartei), die vorige Verkehrsministerin Israels, hatte noch zugesagt, dass die Bahn den ganzen Freitag und Samstag fahren werde. Doch das löste Widerstand in Bnei Brak aus. Denn dass ausgerechnet in ihrer Stadt eine Tram die Schabbatruhe stört, kam für die ultra-



Einige Demonstranten ketteten sich mit Handschellen in einer Bahn an

orthodoxen Bewohner nicht in Frage. Auf der anderen Seite steht die größtenteils säkulare und liberale Bevölkerung Tel Avivs. Sie will sich nicht von einer Regierung bestimmen lassen, die als Sprachrohr der streng religiösen Minderheit auftritt. Ende Oktober stehen Kommunalwahlen in Israel an. Dann könnte sich weiterer Ärger entladen. |

Spuckattacken auf Christen

Seit Jahren kommt es in Jerusalem vereinzelt zu Spuckattacken auf christliche Ordensleute durch Juden. Das Thema ist nicht neu. Doch in den vergangenen Monaten bekam es im In- und Ausland die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit.

mh



Christliche Ordensleute gehören in Jerusalem zum Straßenbild. Nicht allen Einheimischen gefällt das. Manche äußern ihren Unmut durch verbale Angriffe oder indem sie vor den Christen ausspucken. Doch die Mehrheitsgesellschaft sowie Sicherheitskräfte und prominente Regierungsvertreter verurteilen diese Ausfälle.

Auch wenn es Einzelfälle sind – über eine unangenehme Situation berichten christliche Ordensleute in Israel seit Jahren: Wenn Priester, Mönche und Nonnen mit ihrem Habit durch die Altstadt von Jerusalem laufen, kommt es immer wieder vor, dass Juden verachtungsvoll vor ihnen ausspucken. Bei den Angreifern handelt es sich überwiegend um nationalreligiöse und ultra-orthodoxe Jugendliche. Einzelne Priester behaupten, sie erlebten die Spuckattacken inzwischen täglich.

Auch Anschläge auf christliche Institutionen sind bekannt: Immer wieder werden Klöster und Kirchen in der Jerusalemer Altstadt mit Graffiti beschmiert. Zu Jahresbeginn schändeten zwei jüdische Jugendliche mehr als 30 Grabsteine auf dem historischen protestantischen Friedhof auf dem Zionsberg – der Sachschaden belief sich auf mehr als 94.000 Euro. Im Februar stürzte

ein psychisch kranker US-amerikanischer Jude die Christusstatue von einer Säule in der Geißelungskapelle der Franziskaner. Wenige Wochen später erfolgte ein weiterer Angriff auf eine polnische Kirche in der Altstadt.

Zu Pfingsten versammelten sich charismatische Christen aus aller Welt, um einen Gottesdienst südlich der Jerusalemer Tempelmauer zu feiern. Sie wurden massiv von jüdisch-orthodoxen Männern gestört.

Ohne Anzeige keine Verurteilung

Manche Ordensleute kritisieren, dass die israelische Regierung nichts tue, die Polizei nicht genügend involviert sei und den Tätern nicht genug nachgehe. Die Polizei wiederum moniert, dass

sie nicht genug handfestes Material habe, um bei Hinweisen zu ermitteln. Die Kameraüberwachung sei nur unzureichend ausgebaut. Zudem müssen viele Ordensleute dem Spucken nicht genug Bedeutung bei, sodass sie es nicht zur Anzeige brächten. Ohne Anzeige kann die Polizei wiederum nicht reagieren.

In den vergangenen Monaten zeigten Ordensleute die Übergriffe bei der Polizei vermehrt an und manche gaben Zeitungen im In- und Ausland Interviews. Die Jerusalemer Bevölkerung konnte sich diesem Thema nicht mehr entziehen.

Mitte Juni lud die Historikerin Jiska Harani gemeinsam mit der „Open University of Jerusalem“ (OU) zu einer Konferenz ein, in der sie die Spuckattacken thematisierte. Die Forscherin, die in Israel als Expertin für christliche Themen gilt, wollte damit einem weitgehend unbekanntem Thema Aufmerksamkeit verschaffen.

Keine Christenverfolgung in Israel

Wer in den vergangenen Monaten die Nachrichten aus und über Israel verfolgte, dem konnte angst und bange werden: Meldungen über „Christenverfolgung“ im jüdischen Staat häuften sich und führten zu teils abstrusen Aussagen.

In der christlichen Quartalszeitschrift des Jerusalemvereins (Berliner Missionswerk) „Im Lande der Bibel“ war etwa zu lesen: „Die Gewalttaten gegenüber Christen in Israel und Palästina haben in den letzten Monaten zugenommen. Die Zahl der Christen nimmt seit Jahren kontinuierlich ab.“

Für die palästinensischen Gebiete ist das richtig, wobei die Gründe für die Abwanderung der Christen vielfältig sind. Für den jüdischen Staat gilt die Aussage nicht. Zwar ist die Zahl der Christen mit etwa 185.000, die knapp 2 Prozent der Bevölkerung entsprechen, relativ gering. Aber in den vergangenen Jahren steigt sie an – trotz zurückgehender Geburtenrate.

Die gleiche Zeitschrift zitiert unter der Überschrift „Über die schwierige Situation der Christen in Jerusalem“ den Rundbrief einheimischer Christen und schreibt von einer „Rekordzahl von Todesopfern in Palästina durch die militärische Besatzung“. 2022 sei damit „das tödlichste Jahr für Palästinenser seit 2005“. Faktisch mag die Angabe korrekt sein, doch unter der Überschrift ist die Aussage irreführend. Die hohen Todeszahlen in den palästinensischen Gebieten sind kein Zeichen der „schwierigen Situation der Christen in Jerusalem“. Sie kommen vielmehr zustande, weil es einerseits in den palästinensischen Städten Razzien gibt, in denen die israelische Armee nach Terroristen sucht – übrigens mit dem Einverständnis palästinensischer Sicherheitskräfte. Andererseits werden palästinensische Attentäter, die mit Messer oder Autos Juden angreifen, häufig noch am Tatort von Sicherheitskräften erschossen. Ihr religiöses Bekenntnis spielt dabei keine Rolle.

Ursprünglich sollte der Konferenztitel lauten „Warum spucken Juden Christen an?“. Im kollektiven Gedächtnis der Juden ist aber vor allem die jahrhundertlange Judenverfolgung durch Christen präsent, sodass viele Juden erobert reagierten. Sie wiesen darauf hin, dass es sich hier um Einzeltaten und -täter handele. Außerdem seien die Spuckattacken – im Gegensatz zur traditionellen Judenverfolgung – kein Massenphänomen.

Deshalb änderten die Veranstalter den Titel zu „Warum spucken manche Juden Christen an?“. Eingeladen waren Ordensleute zahlreicher Denominationen, Forscher der OU und der Hebräischen Universität von Jerusalem (HUJI), sowie die breite israelische Bevölkerung. Weil der Raum zu klein war, wurde letztere jedoch gebeten, sich auf digitalem Weg zuzuschalten. Die Veranstaltung wurde aus dem Hebräischen ins Englische übersetzt – und trotz kurzfristiger Einladung nahmen mehrere hundert Israelis auf digitalem Wege teil.

Keine Rechtfertigung durch das Judentum

Dass Juden auf Christen spucken, kann nicht durch die Quellen des Judentums gerechtfertigt werden. Zu diesem Ergebnis kam der Talmudexperte Jair Furstenberg auf der Konferenz. Er betonte, dass es manchmal wichtig sei, das Offensichtliche auszusprechen. Deshalb stellte er die Frage: „Gibt es Anleitungen zur Demütigung in der Halacha, im jüdischen Religionsgesetz?“ Der HUJI-Professor beantwortet die Frage gleich selbst: „Ein ganz klares NEIN!“

Der Israeli Barak erzählt gegenüber Israelnetz von seiner Zeit als Jugendlicher in der Toraschule. „Damals“, so erinnert sich der Mittdreißiger, „lehrte man uns in der Jeschiva, dass wir uns bei der Begegnung mit einem Christen wegdrehen oder ihm vor die Füße spucken sollten.“ Auch wenn er niemals einen Christen angespuckt hat – diese Denkweise war Teil seiner Lebenswirklichkeit. Heute ist er peinlich berührt, wenn er an diese Zeit zurückdenkt und überzeugt, dass dieses Denken nicht zum Judentum passt.

Im Sommer kam es in Haifa zu mehreren Übergriffen von religiösen Juden auf das Karmelitenkloster Stella Maris. Als Reaktion stattete Staatspräsident Jitzchak Herzog dem Kloster einen Besuch ab. Damit wollte er die Verpflichtung des Staates Israel gegenüber der Religionsfreiheit kräftigen. „Christliche Bürger, unsere Brüder und Schwestern, fühlen sich an ihren Orten des Gebets, auf ihren Friedhöfen, auf der Straße angegriffen“, sagte der Präsident. „Ich sehe dies als ein extremes und inakzeptables Phänomen an.“

Auch Polizeichef Kobi Schabtai begleitete Herzog bei seinem Besuch. Wenige Wochen später lud er Polizeibeamte in Führungspositionen und kirchliche Vertreter zum Gespräch in die Jerusalemer Davidszitadelle. Die Teilnehmer waren sich einig: Die Spuckattacken sind strafbar und nicht tolerabel. Doch um sie strafrechtlich verfolgen zu können, müssten die Bespuckten den Sicherheitsbehörden die Vorfälle mitteilen.

Mit Kenntnis auf die Angriffe reagieren

Bis Vorurteile auf allen Seiten abgebaut sind, dürfte es noch einige Zeit dauern. Solange sind Christen gut beraten, einerseits Unrecht klar beim Namen zu nennen. Und andererseits die jüdischen Geschwister nicht pauschal zu verurteilen, sondern ihnen die Hand zu reichen. So berichten Kenner der Thematik beispielsweise von Ordensleuten, die auf solche Angriffe mit fließendem Jiddisch reagierten oder Aussagen des Talmud zitierten. Die Angreifer wiederum fühlten sich ertappt und nahmen Reißaus. Mit Sicherheit werden diese jungen Provokateure künftig von leidgehen Spuckattacken absehen. Und vielleicht werden für sie sogar irgendwann Gespräche mit einem Christen möglich. |



JUSTIZREFORM

Eine überhitzte Debatte

„Netanjahu zerreißt Israel“: Demonstranten protestieren am 17. September gegen die Justizreform

In Israel sind harte politische Auseinandersetzungen nichts Ungewöhnliches. Der Streit um die Justizreform nimmt aber bedenkliche Züge an. Eine kommentierende Analyse

Daniel Frick

Der Streit um die geplante Justizreform hat Israel seit Jahresanfang im Griff. Die Wucht, mit der die gegensätzlichen Meinungen aufeinandertreffen, ist auch für israelische Verhältnisse außergewöhnlich. Und das in einem Land, in dem Staatspräsidenten in Wahlkampfzeiten die Kontrahenten regelmäßig dazu aufrufen, ihren Ton zu mäßigen.

Die wöchentlichen Massenproteste sind das gute Recht der Israelis. Die Teilnehmer sehen in der Justizreform offenkundig eine Fehlentwicklung. Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben aber auch gezeigt, dass die Debatte überhitzt ist. Und damit stellt sich die Frage, ob die Argumente der jeweiligen Gegenseite überhaupt Gehör finden.

Einen Beleg für eine überhitzte Debatte lieferten am 25. Juli einige israelische Zeitungen. Am Tag nach der Verabschiedung des Angemessenheitsgesetzes war etwa auf den Titelseiten von „Yediot Aharonot“ und „Ha’aretz“ anstatt der üblichen Aufmacher eine große schwarze Fläche zu sehen. „Ein dunkler Tag für die israelische Demokratie“, hieß es dazu. Anders als der erste Blick es vermuten ließ, war das keine Aktion der jeweiligen Redaktionen. Es handelte sich

vielmehr um eine Anzeigenkampagne von Hightech-Unternehmen.

Das war zwar, wenn auch in kleinen Lettern, so gekennzeichnet. Doch dass die Zeitungen ihre Titelseiten dafür hergegeben haben, ist schäbig. Derartige Aktionen verhärten die Fronten, wenn das überhaupt noch möglich ist. Zeitungen sollten, abgesehen von den Meinungsstücken, die unterschiedlichen Positionen in Politik und Gesellschaft darstellen. Mit so einer Titelseite wirkt es, als ob sie ihren gesamten Inhalt einer bestimmten Haltung unterordnen.

Kein heiliges Prinzip

Dabei ist das Angemessenheits-Gesetz, wie auch die Justizreform insgesamt, nicht derart schwarz-weiß zu bewerten. Das Prinzip der Angemessenheit hat selbst Aharon Barak bereits infrage gestellt. Der frühere Präsident des Obersten Gerichtes gilt den Reformbefürwortern als die zentrale Figur, die den gerichtlichen Aktivismus, gegen den sich die Justizreform im Kern wendet, gefördert hat. Doch schon im Dezember 2019 meinte er, das Angemessenheits-Prinzip habe seine Zeit gehabt. Er sei bereit, es aufzugeben, sagte

er auf einer Konferenz des Wochenblatts „Makor Rischon“.

Auch die Rufe nach einem breiten Konsens, wie sie etwa US-Präsident Joe Biden formulierte, haben eine Ambivalenz. Einerseits wäre es wünschenswert, dass Grundgesetze durch eine breite Mehrheit getragen werden. Andererseits sind die 64 von 120 Stimmen für das Angemessenheits-Gesetz weit mehr als die 23 und 32 Stimmen für die Grundgesetze zur Berufsfreiheit und zur Menschenwürde von 1992. Immerhin deutete Barak diese Gesetze als „Verfassungsrevolution“. In einer Rede zwei Monate nach der Verabschiedung sprach er den Gesetzen Verfassungsrang zu, ohne dass die Knesset dies so formulierte. Wo waren damals die Rufe nach einem breiten Konsens?

Eifernde Regierung

Andererseits ist es auch der Regierung anzulasten, dass die Debatte derart überhitzt ist. Ihr Eifer wirkte mitunter wie ein Rachezug gegen die Justiz, nicht wie eine kluge Reform. Dass Justizminister Jariv Levin selbst eingestanden hat, ein Teil der Vorschläge sei nicht demokratisch gewesen, spricht hierbei Bände.

Das Prinzip der Angemessenheit

Das am 24. Juli verabschiedete „Angemessenheits-Gesetz“ – ein Zusatz zum Grundgesetz über das Justizwesen – untersagt es den Richtern, Regierungsentscheidungen auf ihre Angemessenheit zu überprüfen. Dazu gehören etwa Anordnungen oder Ernennungen. Die Einschränkung gilt nur bei der obersten Regierungsebene, also den Ministern, nicht bei anderen Beamten oder im Bereich der Stadtverwaltungen.

Das Prinzip der Angemessenheit bei der Rechtsprechung hat Israel infolge der Mandatszeit aus der britischen Rechtstradition übernommen. Es fußt in der Auffassung, dass man von einer Person grundsätzlich vernünftiges Handeln erwarten kann, ohne dass es immer gesetzlich vorgeschrieben wäre: nicht fahrlässig, verantwortungsbewusst, rücksichtsvoll. Im Lauf der Zeit hat das Prinzip in Israel eine spezifische Prägung erhalten. Der Experte für jüdische Geistesgeschichte Warren Zev Harvey von der Hebräischen Universität Jerusalem meint, dass israelische Richter des Obersten Gerichtshofs es wohl „mehr als andere“ genutzt hätten.

Das Prinzip hat Vor- und Nachteile: Einerseits bietet es die Möglichkeit, „unangemessene“ Entscheidungen, die es nun einmal gibt, zu überdenken. Andererseits ist bei der Frage, was angemessen ist, auch Willkür im Spiel. Harvey nennt ein Beispiel: Eine Regierungsentscheidung von 1977 sah vor, dass behinderte Personen nur dann einen Kredit für ein Auto erhalten dürfen, wenn ein Angehöriger, der es letztlich fahren würde, im selben Haus wohnt. Richter Aharon Barak bestätigte 1986 zunächst die Angemessenheit dieser

Auch der Vorsitzende der ultra-orthodoxen Koalitionspartei Schass, Arje Deri, neigte zuletzt zur Selbstkritik. Die Art, wie die Regierung vorgegangen sei, habe

breiten Konsens sicherzustellen? Oppositionsführer Jair Lapid ist in den vergangenen Jahren in der Hoffnung auf Macht auf der Anti-Netanjahu-Welle geritten. Dass

über eine Reform des Justizwesens verständig, ist kaum denkbar.

Zumal Lapid bei den Demonstrationen bekräftigt, dass es ihm letztlich um den Sturz der Regierung geht. „Das ist eine dysfunktionale Regierung, und sie muss abtreten. Das ist unser Plan: Zu kämpfen, bis diese Regierung fällt“, sagte er am 19. August bei einer Demonstration nahe Haifa. Er will wieder eine „echte Einheitsregierung“ aufleben lassen; eine solche war aber im Sommer 2022 nach nur einem Jahr gescheitert.

In dieser Gemengelage fällt es schwer, sich mit Blick auf die Justizreform auf die eine oder andere Seite zu stellen. Zumindest beim Prinzip der Angemessenheit gibt es mehr Befürworter, als es aufgrund der starken Proteste den Anschein hat.

Immerhin: Aus der Regierung kommen Signale, es bei weiteren Reformplänen wie der Richterernennung langsamer angehen zu lassen. Deri hat zudem den interessanten Gedanken formuliert, bei einzelnen Vorhaben eine Kompromissversion zu nehmen, auch wenn kein Kompromiss mit der Opposition erreicht wurde. Falls das gelingt, bleibt zu hoffen, dass auch die Gegner dieses Bemühen anerkennen. |



Schwarz wie die Nacht: Einige Zeitungen gaben ihre Titelseiten für eine Anzeigenkampagne von Tech-Unternehmen her

bei vielen Israelis „ein großes Trauma“ verursacht: „Als ob es einen Plan gebe, eine neue Art von Regime zu errichten.“

Andererseits: Wie hoch wären die Chancen gewesen, von Anfang an einen

er den Premier, wie viele im Volk, wegen Korruption vorverurteilt hat, ist nicht nur populistisch. Es macht auch keinen guten Eindruck in einem Rechtsstaat. Dass sich Benjamin Netanjahu und Lapid besonnen

Das Trugbild von Oslo



Ikones Bild: der israelische Premier Rabin (l.) und PLO-Chef Arafat (r.) schütteln sich nach der Unterzeichnung von Oslo I die Hände, US-Präsident Clinton verfolgt die Geste mit Wohlwollen

Vor 30 Jahren verständigten sich Israel und die PLO auf erste Schritte zur palästinensischen Autonomie. Der Prozess war von Anfang an mit Illusionen verbunden.

Daniel Frick

In der Nacht zum 13. September 1993 war Jasser Arafat ohne Schlaf geblieben. Der Chef der „Palästina-Befreiungsorganisation“ (PLO) befand sich in Washington, um die Prinzipienklärung mit den Israelis zu unterzeichnen, besser bekannt als Oslo I. Doch nicht die Zeitverschiebung hielt ihn wach, sondern eine „Schwachstelle“: Im Text war keine Rede von der PLO, lediglich von einer „palästinensischen Delegation“. Das war Arafat nicht gut genug: Die PLO musste namentlich ins Vertragswerk.

Am frühen Morgen griff er zum Telefonhörer, riss seinen Berater Ahmed Tibi aus dem Schlaf und schilderte sein Anliegen. Der Gynäkologe und spätere Knesset-Abgeordnete erzählte im Rückblick, dass die Israelis zunächst damit drohten, abzureisen, als sie von Arafats Wunsch erfuhren: Die PLO, das waren Terroristen.

Die Israelis hatten zwar mit PLO-Vertretern die Verhandlungen geführt. Doch sie hofften bis zuletzt, dass niemand davon erfahren würde. Final und vor den Augen der Welt unterschreiben sollte das Abkommen ein Vertreter der „lokalen“ Palästinenser aus den umstrittenen Gebieten – im Gegensatz zur PLO, die sich damals im Exil in Tunis befand.

Doch in den Tagen vor der Zeremonie verweigerte der Palästinenservertreter Haidar Abd el-Schafi die Unterschrift –

offenkundig in Abstimmung mit der PLO. Der Prozess war zu diesem Zeitpunkt schon zu weit vorgedrungen, die Israelis konnten nicht mehr zurück. Und so war es Arafat, der zur Unterzeichnung nach Washington kam. Die Forderung nach Erwähnung der PLO im Abkommen war dann der jüngste Coup, den die Palästinenser versuchten. Um die Sache nicht im letzten Augenblick scheitern zu lassen, lenkten die Israelis ein.

Wenige Stunden später entstand das ikonische Bild auf dem Rasen vor dem Weißen Haus: Arafat und der israelische Premier Jitzchak Rabin reichten sich nach der Unterzeichnung die Hände, hinter ihnen stand US-Präsident Bill Clinton mit ausgebreiteten Armen. Die Anmut der Szene konnte die meisten Betrachter über den bizarren Entstehungsprozess hinwegtäuschen. Und über die Illusionen, die dieser Spätsommertag bereithielt.

Von Sozialstudien zu Gesprächen

Was später als Oslo-Prozess bekannt wurde, begann Ende der 1980er Jahre mit Sozialstudien von Terje Rød-Larsen unter Palästinensern. Der Norweger war damals Geschäftsführer des in Oslo beheimateten „Instituts für angewandte Sozialwissenschaft“

(FAFO). Dem Israeli Jossi Beilin vermittelte er dann seine Eindrücke: Die Palästinenser seien müde von der „Intifada“, die seit Dezember 1987 im Gang war, und bereit für ein Friedensabkommen.

Beilin war damals, im Frühjahr 1992, im Begriff, stellvertretender Außenminister Israels zu werden. Er vereinbarte mit Rød-Larsen, nach den Wahlen im Juni 1992 Gesprächskanäle mit den Palästinensern einzurichten. Nach der Wahl begannen sie informell und unter strenger Geheimhaltung, zum Teil auch mit PLO-Vertretern, obwohl dies damals verboten war. Beilin betrachtete die Gespräche anfangs nur als „intellektuelle Übung“, nichts Ernstes. Auch Außenminister Schimon Peres setzte er davon zunächst nicht in Kenntnis.

Mit der Zeit entstand aber die Idee für ein Abkommen. Im Januar hob die Knesset das PLO-Kontaktverbot auf, und es kam zu regelmäßigen Treffen zwischen Israelis und PLO-Vertretern südlich von Oslo. Erst im März 1993, als es einen ersten gemeinsamen Entwurf gab, erfuhren auch Peres und später Rabin davon.

Wie der damalige und jüngst verstorbene Mossad-Chef Schabtai Schavit erzählte, war Rabin kein Freund dieser Vorgänge. Er hatte nicht zuletzt wegen der anfänglichen Geheimhaltung das Gefühl, hintergangen zu werden. Dennoch ließ er sich darauf ein: Verhandlungen mit Palästinensern über eine Autonomie hatte er im Wahlkampf 1992 zur obersten Priorität erklärt. Außerdem sah er Israel wirtschaftlich und diplomatisch so stark, dass das Land „Risiken“ auf sich nehmen konnte.

Beobachter machten an Rabin aber auch einen anderen Beweggrund aus: Der damals 71-Jährige hatte demnach den Eindruck, dass die Israelis nicht länger bereit seien, es mit dem Terror aufzunehmen. Besonders die „Intifada“ habe bei ihm zu Verzweiflung geführt: In dem „Volksaufstand“ war die Überlegenheit der Armee nichts wert. Zudem verlor Israel in dieser Konstellation – steinwerfende Jugendliche gegen schwerbewaffnete Soldaten – ständig den Kampf der Bilder.

Abkommen nach Plan

Arafat hatte ebenfalls seine Gründe, bei diesem Prozess mitzumachen. Einerseits hatte er es nötig: Wegen seiner Unterstützung des irakischen Diktators Saddam Hussein im zweiten Golfkrieg (1990–1991) hatte er sich und die PLO in der arabischen Welt isoliert und deren Gelder verloren. Oslo bot ihm die Gelegenheit, sein eigenes politisches Ende abzuwehren und die PLO vor dem finanziellen Ruin zu bewahren.

Hinter dem „Zugehen“ auf Israel steckte aber noch ein anderes Ansinnen. Im Jahr 1974 hatte die PLO den sogenannten Zehn-Punkte-Plan oder Stufenplan verabschiedet. Er ist bis heute gültig und sieht unter anderem die „Befreiung des gesamten palästinensischen Landes“ – mit anderen Worten: die Vernichtung Israels – vor. Der Kerngedanke dabei ist, im Kampf gegen Israel nicht allein auf Waffengewalt zu setzen. Auch „andere Mittel“, also Verhandlungen, gelten als geeignet, selbst wenn dabei nur „Teilerfolge“ zu erzielen sind.

Eine Etappe auf diesem Weg war die Unabhängigkeitserklärung von 1988. Mit ihr erkannte die PLO den UN-Teilungsplan von 1947 und damit indirekt auch Israel an. Ein weiteres Ziel des Stufenplans ist es, durch „bewaffneten Kampf“, also Terrorismus, die Einrichtung einer „nationalen Behörde auf jedem palästinensischen Gebiet, das befreit ist“, herbeizuführen. Einmal etabliert,

soll sie sich um die Einheit der „Konfrontationsländer“ bemühen, um „die Befreiung aller palästinensischen Gebiete zu vollenden“.

Während sich alle Welt nach der Unterzeichnungszereemonie in Washington ihre Hoffnung auf Frieden machte, hielt Arafat am Abend desselben Tages eine Ansprache an die Palästinenser. Das jordanische Fernsehen übertrug sie, in der westlichen Welt wurde sie kaum wahrgenommen. In ihr betonte Arafat, das eben unterzeichnete Abkommen sei ein erster Schritt im „Plan von 1974“. Jeder Araber im Nahen Osten wusste, was damit gemeint war.

Und es sah alles nach Plan aus: Die Absichtserklärung sieht unter anderem einen Rückzug der Israelis aus Teilen des

Die Oslo-Jahre

20.08.1993 Erste Unterzeichnung von Oslo I Nach Verhandlungen setzt die israelische Seite in einer Zeremonie mit der PLO in Oslo ihre Unterschrift unter das Abkommen. Der israelische Außenminister Peres wohnt der Zeremonie heimlich bei.

09.09.1993 Briefliche Versicherungen PLO-Chef Arafat schwört in Briefen an den israelischen Premier Rabin und den norwegischen Außenminister Holst dem Terror ab. Rabin erkennt die PLO als Vertreterin der Palästinenser an.

13.09.1993 Unterzeichnung Oslo I In der Zeremonie für die Weltöffentlichkeit vor dem Weißen Haus reichen sich Rabin und Arafat die Hände.

29.04.1994 Pariser Protokoll Regelt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Israelis und den Palästinensern.

04.05.1994 Gaza-Jericho-Abkommen Die Palästinensische Autonomiebehörde wird eingerichtet. Israel zieht aus Jericho ab und aus 65 Prozent des Gazastreifens.

14.10.1994 Friedensnobelpreis für Arafat, Peres und Rabin „Für ihre Bemühungen, im Nahen Osten Frieden zu schaffen.“ Die Preisverleihung findet am 10. Dezember in Oslo statt.

26.10.1994 Friedensvertrag mit Jordanien Als Grenze wird der Jordan festgelegt. Israel sichert Jordanien Wasserlieferungen zu.

28.09.1995 Unterzeichnung Oslo II Das Westjordanland wird in die A-, B- und C-Zone unterteilt. Israel zieht sich aus den A-Gebieten (größere Städte wie Ramallah oder Bethlehem) zurück.

04.11.1995 Jigal Amir ermordet Rabin Der Premier hatte kurz zuvor bei einer Friedenskundgebung in Tel Aviv gesprochen.

20.01.1996 Palästinensische Generalwahlen Arafat wird Präsident der Autonomiebehörde, die Fatah wird stärkste Kraft im Nationalrat.

29.05.1996 Israelische Generalwahlen Benjamin Netanjahu siegt in der Premierministerwahl knapp vor Peres und wird Regierungschef. In den Knessetwahlen wird die von Peres geführte Avoda knapp stärkste Kraft, geht aber in die Opposition.

17.01.1997 Hebron-Protokoll Hebron wird in zwei Sektoren aufgeteilt. Die israelische Armee zieht sich aus dem palästinensischen Teil (80 Prozent) zurück.

23.10.1998 Wye-Abkommen Legt unter anderem den israelischen Abzug aus weiteren 13 Prozent des Westjordanlandes fest. Letztlich nur zum Teil umgesetzt: Beide Seiten werfen sich vor, die Bedingungen nicht zu erfüllen.

11.–25.07.2000 Verhandlungen von Camp David Arafat, Netanjahus Amtsnachfolger Barak und Clinton verhandeln erfolglos zu einer endgültigen Friedenslösung. Ende September beginnt die „Zweite Intifada“, die Arafat schon vor dem Gipfel angekündigt hatte und vorbereiten ließ.

Gazastreifens und aus Jericho vor sowie die Einrichtung einer „nationalen Behörde“. Damit soll dann eine fünfjährige Übergangszeit mit weiteren Abzügen beginnen. Spätestens ab dem dritten Jahr sollen Verhandlungen für eine dauerhafte Regelung stattfinden.



Im Juli 1994 fährt Arafat triumphal in den Gazastreifen ein. In seinem Konvoi schleppt er vier Terroristen ein.

Arafat ganz groß

Oslo ermöglichte der PLO als Unterzeichnerin ein wichtiges Etappenziel: die Rückkehr aus dem Exil in die territoriale Nähe des Feindes. Im Mai 1994 erfolgte der Rückzug der Israelis aus Gaza und Jericho, die Autonomiebehörde wurde geschaffen, die fünfjährige Übergangsphase begann. Deutschland war das erste Land, das in Jericho eine Vertretung einrichtete.

Im Juli 1994 kam es jedoch zunächst zur triumphalen Rückkehr Arafats aus dem Exil – zuletzt hatte er 1967 seinen Fuß auf „palästinensisches Land“ gesetzt. Auch hier entstand wieder ein ikonisches Bild: Es zeigt Arafat, wie er in einer Mercedes S-Klasse steht und aus dem Schiebedach winkt. Die Luxuslimousine fuhr vom ägyptischen Sinai über den Grenzübergang Rafah in den Gazastreifen ein. Vielsagend betonte Arafat damals, er kehre „zu dem ersten befreiten palästinensischen Land“ zurück.

In seinem Konvoi schmuggelte er indes vier Terroristen ein, einer davon lag auf dem Rücksitz seines Mercedes. Den Israelis fiel auf, dass Arafat viel größer wirkte als sonst. Zwar durften sie den Vereinbarungen zufolge die Fahrzeuge nicht durchsuchen. Aber der Inlandsgeheimdienst Schabak gelangte auch so an die relevanten Informationen. Premier Rabin drohte Arafat in der Folge mit dem Ende von Oslo. Arafat schickte die Terroristen nach Ägypten zurück.

Stockender Prozess

Auch diese Episode unterstreicht, wie der Palästinenserführer den Frieden als Täuschungsmanöver nutzte. Wenige Tage vor der Unterzeichnung von Oslo I hatte er dem norwegischen Außenminister Johan Jørgen Holst noch brieflich zugesichert, dem Terror abzuschwören. Das war eine Forderung der Israelis gewesen. Ein kleiner Sieg, der aber angesichts des anhaltenden Terrors nichts bedeutete.

Viele Israelis ahnten genau dies. Die keineswegs terrormüden Palästinenser verübten munter weiter tödliche Anschläge. Am Tag der Rückkehr Arafats kam es zu Protesten in Jerusalem. Im August 1995 protestierten die Israelis gegen Oslo, indem sie landesweit 80 Kreuzungen blockierten. Tiefpunkt dieses Unmuts war die Ermordung von Rabin am 4. November 1995 durch den jüdischen Extremisten Jigal Amir.

Diese Entwicklungen ließen den „Oslo-Prozess“ stocken. Die Endstatusverhandlungen, um die es laut dem Plan eigentlich ab 1997 gehen sollte, wurden im Jahr 2000 geführt – erstmalig nur zur Jerusalem-Frage. Bekanntlich scheiterte dieser Gipfel von Camp David krachend. Der damalige Premier Ehud Barak ließ sich sogar dazu hinreißen, die Teilung Jerusalems anzubieten. Arafat sagte zu all dem nichts: Ein endgültiges Abkommen mit Israel wäre den Zielen der PLO zuwidergelaufen.

Die PLO

Die „Palästina-Befreiungsorganisation“ wurde 1964 in Ostjerusalem auf Initiative Ägyptens gegründet. Sie vereint mehrere palästinensische Gruppierungen, allen voran die Fatah. Ab 1969 bis zu seinem Tod 2004 war Jasser Arafat ihr Vorsitzender. Ihre Gruppen verübten zahlreiche Terrorakte, darunter das Massaker von München 1972. In ihrer Charta von 1968 ruft sie zur Zerstörung Israels auf. Ab 1970 operierte sie vom Libanon aus, ab 1982 von Tunesien. Im Jahr 1974 wurde sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Vertreterin der Palästinenser anerkannt. 1988 zog Jordanien unter dem Eindruck der „Ersten Intifada“ seinen Souveränitätsanspruch über das Westjordanland zugunsten der PLO zurück.

Stattdessen folgte mit der „Zweiten Intifada“ eine erneute Terrorwelle, in der rund 1.000 Israelis getötet wurden. Die Armee drang in Terrorhochburgen wie Dschenin vor – das 1995 unterzeichnete Oslo-II-Abkommen sah dort eigentlich eine vollständige Autonomie der Palästinenser vor. Der Terror torpedierte dies.

Hartnäckige Illusionen

Bis heute regeln die Oslo-Verträge die Beziehungen von Israelis und Palästinensern. Dazu gehört der Aspekt, dass Israel für die Autonomiebehörde Steuern eintreibt oder die Importe regelt. Auch Bestimmungen zur Nutzung des Grundwassers sind darin enthalten.

Die Sicherheitszusammenarbeit zwischen den Israelis und den durch Oslo eingeführten palästinensischen Sicherheitskräften gehört zu den wenigen Dingen, die von beiden Seiten gelobt wird. Kein Wunder: Es geht nicht nur um die Bekämpfung des Terrors gegen Juden, sondern auch um den Einsatz gegen Terrororganisationen wie die Hamas, die innerpalästinensischen Widersacher der PLO.

Abgesehen von diesen pragmatischen Dingen gilt der Oslo-Prozess in seinem ideellen Aspekt, als schrittweiser Weg zum Frieden, längst als hinfällig. Der frühere Knessetvorsitzende Juli Edelstein sprach unlängst wegen der Terror-Opfer von einem „schweren Fehler“. Die für Israelis bittere Ironie ist, dass sie selbst es waren, die die PLO, die eigentlich schon am Ende war, durch die Gespräche in Oslo wieder auferstehen ließen. |

BIBELKOLUMNE

Wahrheit als Attribut

In der Bibelkolumne fragt sich Rivka Schloss, warum der Prophet Micha den Erzvater Jakob ausgerechnet mit Wahrheit in Verbindung bringt.

Rivka Schloss



Das Buch Micha schreibt in Kapitel 7,20 Jakob die Wahrheit und unserem Vater Abraham die Gnade zu. Warum Abraham die Gnade zugeschrieben wird, ist leicht verständlich. In seiner Lebensgeschichte, die in Bereschit, dem 1. Buch Mose, aufgeschrieben ist, lesen wir von einigen Situationen, in denen sich Abraham anderen gegenüber gnädig und freundlich verhielt. Als Gott plant, Sodom zu zerstören, bittet Abraham ihn darum, den Menschen von Sodom gnädig zu sein. Er spricht positiv über Sodom, um das Gericht abzuwenden: „Abraham blieb stehen vor dem HERRN und sprach: Willst du denn den Gerechten mit dem Gottlosen umbringen?“ (1. Mose 18,23). Zu Beginn des Kapitels demonstriert Abraham zum ersten Mal in der Bibel in umfänglicher und hingebungsvoller Weise die Mitzva – das Gebot – der Gastfreundschaft, die für die folgenden Generationen beispielhaft wurde.

Die Zuschreibung der Wahrheit für Jakob ist aber weniger klar. Im Laufe seines Lebens gibt es viele Situationen, die das Gegenteil von Wahrheit bezeugen. Jakob verkleidete sich als Esau und erhielt so auf betrügerische Weise den Segen, der für seinen älteren Bruder bestimmt war, wie Isaak ihm sagte:

„Dein Bruder ist gekommen mit List und hat deinen Segen weggenommen“ (1. Mose 27,35). Selbst als Jakob das Haus seines Schwiegervaters verlässt, geht er nach einer Täuschung – mit Beute aus Labans Herde. Doch auch Jakob gegenüber gab es Fälle von Betrug. Der größte

„Du wirst an Jakob Wahrheit und an Abraham Güte erweisen, wie du unsern Vätern vorzeiten geschworen hast.“

Micha 7,20

und bedeutsamste war, dass man ihm zu seiner Hochzeit nicht Rahel gab, die Frau, die er heiraten wollte, sondern Leah, die Braut, die ihm Laban zugehört hatte. „Warum hast du mir das angetan? Habe ich dir nicht um Rahel gedient? Warum hast du mich denn betrogen?“ (1. Mose 29,25). Eigentlich trifft eher das Wort „Betrug“ auf ihn zu; wie ein roter Faden zieht es sich durch seine Lebensgeschichte. Warum also wurde ihm die Wahrheit, also das Gegenteil, zugehört?

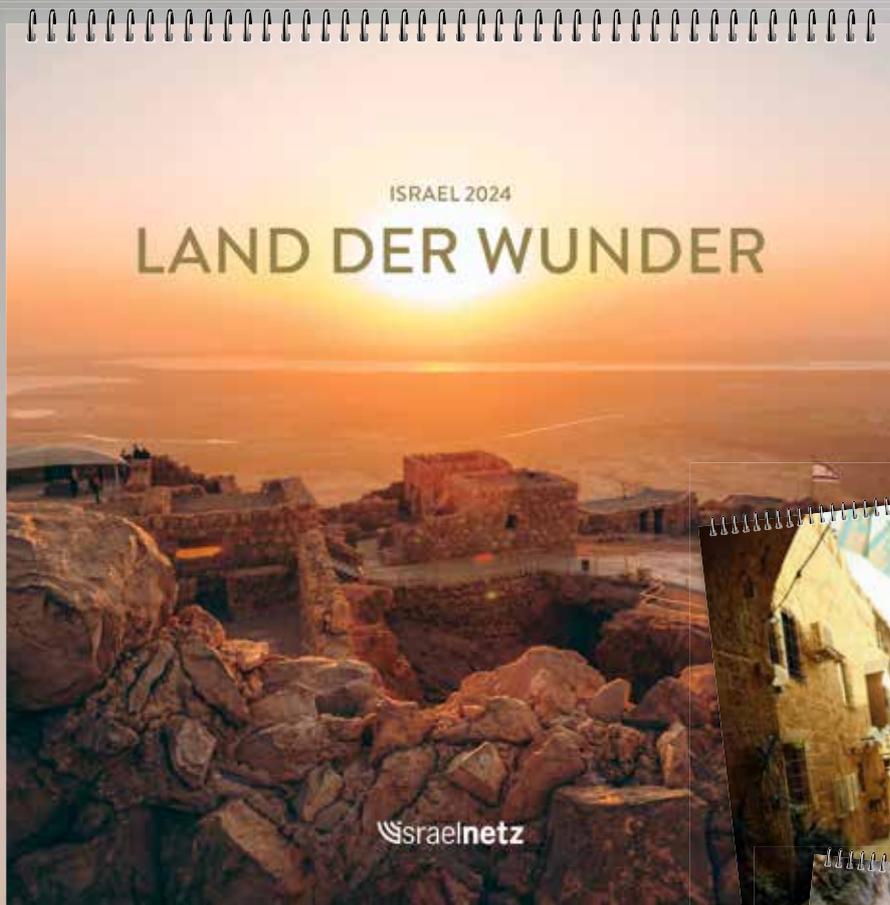
Ich erinnere mich, dass mein Vater einmal diese Frage mit uns diskutierte. Er sagte, dass Jakob vielleicht nicht das beste Beispiel für die Wahrheit sei, aber er immer der Wahrheit gegenüberstand und mit ihr konfrontiert war. Ihm dieses Kennzeichen zuzuschreiben, bedeutet nicht, dass er alle Herausforderungen und Prüfungen gemeistert hat. Es kann vielmehr von dem Weg und dem Prozess zeugen, den er an den verschiedenen Stationen seines Lebens gegangen ist. Die Handlung mag sich dabei ändern, aber es gibt eine innere Achse, die sich immer um die Wahrheit dreht, eine Achse, die der Wahrheit begegnet. Manchmal erfolgreich und manchmal nicht.

Bei meiner Arbeit als Lehrerin treffe ich viele Kinder in unterschiedlichen Situationen. Ich denke, dass mich mein Vater in der Deutung dieses Verses, aber auch in der Art, wie er lebte und lehrte, geprägt hat. Er lehrte mich, Menschen nicht nur unter einem bestimmten Aspekt anzuschauen, sondern sie in ihren Herausforderungen zu verstehen – selbst wenn sie diese nicht immer erfolgreich bestehen. Wenn ein Mensch seinen Weg geht, ist diesem eine Schönheit und Kraft zu eigen. Das gilt auch, wenn nicht immer alles gelingt.

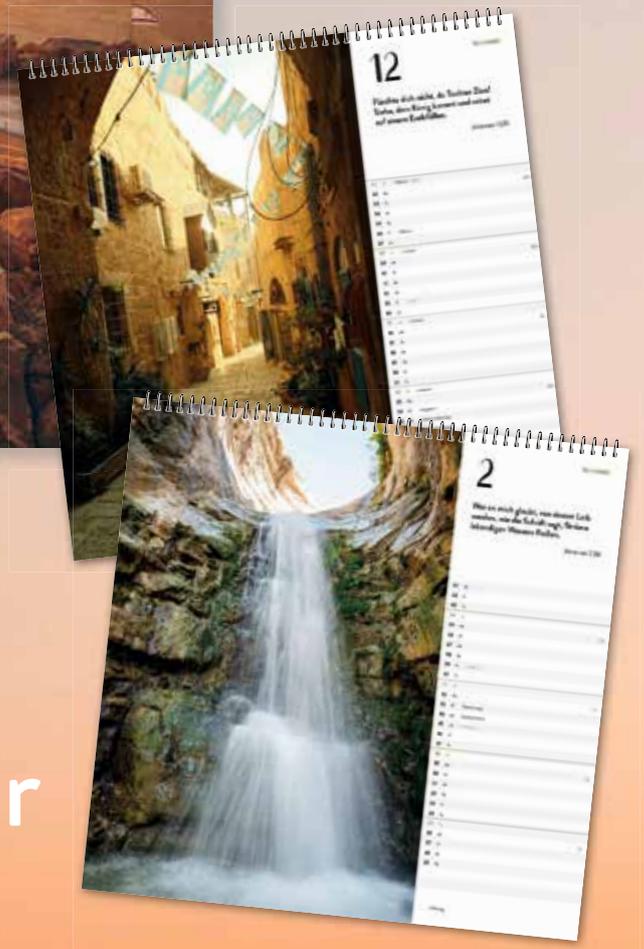
Hinter uns liegen die Jamim nora'im, die sogenannten furchterregenden Tage, das Neujahrsfest Rosch HaSchanah und der große Versöhnungstag Jom Kippur. Es sind Meilensteine, an denen wir Juden aufgefordert waren, als Menschen zu beten, die in unserem Dienst für Gott erfolgreich sind, aber auch scheitern. Es ist die Zeit, in der wir uns für Erfolge bedanken dürfen und um Vergebung für Misserfolge bitten sollten. Das neue Jahr hat begonnen. Aus meiner Sicht ist das ein ausgezeichnete Zeitpunkt, um ehrlich und mit gutem Auge Entscheidungen zu treffen und unsere Seele zu prüfen.



Rivka Schloss lebt in Jerusalem. Neben ihrer Anstellung als Grundschullehrerin, in der sie unter anderem Bibelkunde unterrichtet, ist sie Schauspielerin.



15,95€
zzgl. Versand



Israel 2024 – Land der Wunder

ISRAELNETZ-KALENDER IM NEUEN FORMAT

Das praktische Kalendarium enthält neben den christlichen und gesetzlichen Feiertagen auch die jüdischen Festtage mit einer kurzen Erklärung. Zudem ist Platz für Ihre Einträge.

Große Bilder mit einer großen Wirkung: Im neuen Format von 42x42 cm tauchen Sie noch tiefer ein – in Israel, das Land der Wunder.



► shop.israelnetz.com